

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 geriet Deutschland zum zweiten Mal nach 1945 in die Lage, eine ernste Energiekrise bewältigen zu müssen. Das erste Mal liegt fast fünfzig Jahre zurück: 1973, bei Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges und der anschließenden Drosselung von Rohöllieferungen durch die OPEC-Staaten an den Westen, befand sich die Bundesrepublik Deutschland auf dem Höhepunkt ihres wirtschaftlichen Erfolgs. Kaum jemand konnte sich vorstellen, dass die Ressource Erdöl endlich sein könnte oder dass politische Entwicklungen Auslöser für eine Verknappung werden. Und beseelt vom Fortschrittsglauben der Zeit forcierte man seit den 1950er Jahren die Planungen und Umsetzung von kerntechnischen Anlagen für die intensive Nutzung von ziviler Kernenergie.

Sowohl 1973 als auch 2022 zeigte sich auf drastische Weise die große Abhängigkeit Deutschlands von Staaten, die über fossile Rohstoffe verfügen, auf die das Land und seine Wirtschaft bis heute angewiesen sind. Und beide Male waren und sind die Reaktionen ähnlich.

8

Bundeskanzler Willy Brandt erklärte den Deutschen auf dem Höhepunkt der Erdölkrise Ende November 1973: „Die Energiekrise kann auch zu einer Chance werden.“ Wie die Chance aussehen sollte, wurde bereits wenige Tage später mit dem „Vierten Atomprogramm“ im Bundestag besiegelt. Es sollte bis Mitte der 1980er Jahre umgesetzt werden und sowohl den wachsenden Strombedarf der Bundesrepublik sauber, sicher und billig decken als auch die Abhängigkeit von Rohöl aus den OPEC-Ländern minimieren. Kritisch gesehen wurde diese Entwicklung nur von sehr wenigen.

Und 2022? Umgehend nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde der Weiterbetrieb bestehender und der Bau neuer Kernkraftwerke in Deutschland wieder ins Gespräch gebracht. Auf diese Weise könne das Land aus der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl befreit werden, heiß und heißt es. Die Argumente klingen wie vor 50 Jahren. Der scheinbar preiswerte und vermeintlich klimafreundliche Atomstrom soll die wirtschaftliche Prosperität des Landes absichern und den Menschen weiterhin Wachstum und Wohlstand garantieren. Vergessen haben die Protagonisten dieses Diskurses offensichtlich Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) und unzählige Störfälle weltweit. Die Befürworter verlieren auch kein Wort darüber, dass es bis heute keine Lösung für den atomaren Abfall gibt, der über viele Jahrhunderte hinweg hochgiftig sein wird.

Das ambitionierte Ausstellungsprojekt „Atom.Strom.Protest. 50 Jahre Wyhl und anderswo“ der Württembergischen Landesbibliothek und ihrer Partnerinnen und Partner ist auch im Licht dieser aktuellen Entwicklungen und Proteste zu sehen. Es ist daher mehr als die historische Würdigung der Leistung und Wirkmacht der Wyhler Antiatomkraftbewegung, die als Blaupause für die neuen sozialen Bewegungen im Deutschland der 1970er und 1980er Jahre gilt.

Das Ziel dieser Bürgerbewegung: Das Kernkraftwerk Wyhl sollte nicht gebaut werden. Ein wichtiger Aspekt dabei war, durch Sachaufklärung die Menschen zu informieren und für den Widerstand zu gewinnen. Dabei zeichnete die Bewegung sich durch gut organisierten Protest, wissenschaftsbasierte Erkenntnisse und die heterogene Zusammensetzung der beteiligten Gruppen aus. Man suchte den Dialog mit den politisch Verantwortlichen, wollte gehört werden, die Ernsthaftigkeit der Argumente gewürdigt und im politischen Entscheidungsprozess als gleichwertig anerkannt wissen. Das war neu.

Es war für die Politik eine bis dahin unbekannte und eher befremdliche Erkenntnis, dass Bürgerinnen und Bürger in der Lage waren, sich Kompetenzen anzueignen, mit den so gewonnenen Fakten Regierungshandeln infrage zu stellen und dafür eine relevante Öffentlichkeit zu schaffen. Das bedeutete auch, Menschen aller Altersgruppen und verschiedenster gesellschaftlicher Milieus zu gewinnen. Bauern und Bäuerinnen, Studierende, Handwerker, Professoren und Schülerinnen kämpften für das gleiche Ziel. Sie erfanden neue Protestformen, besetzten den Bauplatz, gründeten die Volkshochschule Wyhler Wald und das freie Radio Dreyeckland.

Heute wissen wir, dass es noch viele weitere Jahrzehnte dauern sollte, bis sich neue, konstruktive Dialogformen als Bindeglied von Staat und Zivilgesellschaft etablieren konnten. Es war Winfried Kretschmann, erster Grüner Ministerpräsident in Baden-Württemberg, der 2011 die „Politik des Gehörtwerdens“ als grundlegendes Moment für das Regierungshandeln institutionalisierte. Er schuf das Amt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Seitdem zeigen Bürgerdialoge und Bürgerforen mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, wie Information und Diskurs bei schwierigen Prozessen der Entscheidungsfindung bereits im Vorfeld zu einer anderen Kultur der Auseinandersetzung um die beste Lösung beitragen. Zwei Drittel der Menschen in Baden-Württemberg stehen hinter diesem Weg des gesellschaftlichen Aushandelns unterschiedlichster Interessen – unabhängig davon, wie die Abstimmung im Parlament am Ende ausfällt.

Die Ausstellung und der hier vorliegende Begleitband zum Protest in Wyhl sind daher ein wichtiger Beitrag für die Diskussionen um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei Entscheidungen, die Politik und Gesellschaft zu den wichtigen Themen unserer Zeit treffen.

Zur Realisierung haben eine Vielzahl von Einrichtungen und Personen beigetragen. Mein Dank geht an die Württembergische Landesbibliothek, deren Kooperationspartner wie dem Landesarchiv Baden-Württemberg, dem Haus des Dokumentarfilms, dem Archiv des Südwestdeutschen Rundfunks, dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, dem Kreisarchiv des Landkreises Emmendingen und der Laka Foundation Amsterdam sowie an alle Leihgeber. Ich danke auch dem gesamten Ausstellungsteam, den Herausgeberinnen und Herausgebern sowie Autorinnen und Autoren, die zum Gelingen der Ausstellung und zur Realisierung des Begleitbandes beigetragen haben. Nicht zuletzt danke ich der Württembergischen Bibliotheksgesellschaft und der Baden-Württemberg-Stiftung, die neben dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst die Realisierung dieser Ausstellung ermöglicht haben.

Für Baden-Württemberg und weit darüber hinaus ist das, was vor 50 Jahren von den Menschen in Wyhl begonnen wurde, nicht einfach nur ein Stück Zeitgeschichte, auf deren Erfolg man romantisierend zurückblickt. Es ist vielmehr Teil einer permanent weiterzuentwickelnden verantwortungsvollen Zukunftsgestaltung, die einer lebendigen Demokratie immanent sein sollte.



Petra Olschowski
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst



Petra Olschowski